

Landesamt für Flüchtlingsangele- genheiten und Un- terbringung (LFU)	Eignungskriterien und Mindestanforderungen Vergabemaßnahme - Betrieb einer behördlichen Poststelle (LFU)	Seite 1 von 3
		Stand: 14.09.2026

Eignungskriterium	Mindestanforderungen
I.) Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	
Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen oder dass bei Vorliegen eines oder mehrerer Ausschlussgründe eine Selbstreinigung nachweislich durchgeführt wurde (vgl. Wirt-124-EU).	
II.1) Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	
1. Eigenerklärung zur Firma mit Angaben zum Firmennamen, Rechtsform, Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Gegenstand des Unternehmens, Mitgliedschaft in Berufsverbänden, Organigramm zur Unternehmensstruktur mit Darstellung der Beteiligungsverhältnisse (vgl. Vordruck 1).	
2. Eigenerklärung über die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister des Herkunftsstaates soweit eintragungspflichtig und Mitteilung der Registernummer sowie des zuständigen Registergerichts oder Angabe eines alternativen Nachweises zur Berufsausübung (vgl. Vordruck 1). Bieter, die mindestens einen persönlich haftenden Gesellschafter (phG) haben, müssen zusätzlich für jeden phG entsprechende Angaben machen. Der Auftraggeber behält es sich vor, den Nachweis über die Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister des Herkunftsstaates soweit eintragungspflichtig durch Vorlage einer Kopie eines aktuellen Auszugs oder einen alternativen Nachweis zur erlaubten Berufsausübung in einer von ihm gesetzten Frist nachzufordern. Die Frist zur Nachreichung wird dabei nur wenige Tage betragen.	
3. Eigenerklärung, dass die gewerberechtlichen und sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung nach Maßgabe der jeweils geltenden Rechtsvorschriften erfüllt werden. (vgl. Vordruck 1).	
4. Eigenerklärung, dass für das vorgesehene Personal keine Eintragungen im einfachen Führungszeugnis gemäß § 30 BZRG vorliegen.	

Landesamt für Flüchtlingsangele- genheiten und Un- terbringung (LFU)	Eignungskriterien und Mindestanforderungen Vergabemaßnahme - Betrieb einer behördlichen Poststelle (LFU)	Seite 2 von 3
		Stand: 14.09.2026

Eignungskriterium	Mindestanforderungen
5. Eigenerklärung, dass für das Unternehmen aktuell keine Einträge im Wettbewerbsregister vorliegen (vgl. Vordruck 1). Der Auftraggeber wird für die Bieter der engeren Wahl Auskünfte aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Abs. 1 S. 1 WRegG einholen.	
II.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	
1. Nachweis über das Bestehen bzw. über den Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung, die folgende Schadensereignisse abdeckt: – Personenschäden, – Sachschäden, – Schlüsselschäden, – Vermögensschäden sowie Schäden gemäß Bundesdatenschutzgesetz und Verlust bewachter Sachen. Der Nachweis erfolgt entweder durch Eigenerklärung über das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung zu den oben genannten Bedingungen oder alternativ durch Eigenerklärung über den geplanten Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung zu den oben genannten Bedingungen im Auftragsfall (vgl. Vordruck 1). Eine Kopie des Versicherungsscheins ist nach Auftragserteilung innerhalb von zwei Wochen vorzulegen.	
2. Eigenerklärung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (vgl. Vordruck 1).	
3. Eigenerklärung über den Gesamtumsatz sowie Umsatz im Tätigkeitsbereich in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren in Euro netto (Angabe getrennt pro Jahr), (vgl. Vordruck 1).	– Der Gesamtumsatz im Tätigkeitsbereich muss im Durchschnitt der letzten drei Geschäftsjahre mindestens 500.000,00 Euro netto pro Jahr betragen haben

Landesamt für Flüchtlingsangele- genheiten und Un- terbringung (LFU)	Eignungskriterien und Mindestanforderungen Vergabemaßnahme - Betrieb einer behördlichen Poststelle (LFU)	Seite 3 von 3
		Stand: 14.09.2026

Eignungskriterium	Mindestanforderungen
II.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	
1. Geeignete Referenzen aus dem Zeitraum der letzten drei Jahre betreffend vergleichbare Aufträge benennen. Zu jedem Referenzauftrag sind folgende Angaben/Beschreibungen zu machen: – Auftraggeber mit Anschrift – Auftragsgegenstand – Auftragswert – Anzahl des eingesetzten Personals – Leistungsbeginn und Leistungsende (Angabe in Monat und Jahr) – Kurzbeschreibung des erbrachten konkreten Leistungsspektrums (als vergleichbare Leistungen werden die in der Leistungsbeschreibung beschriebenen Leistungen angesehen) (vgl. Vordruck 1).	– Mindestens zwei unterschiedliche Referenzen hinsichtlich vergleichbarer Aufträge mit einer Mindestvertragslaufzeit von 24 Monaten – Mindestauftragswert von 10.000 Euro netto pro Monat für jede Referenz
2. Zusicherung, dass das eingesetzte Personal über die gemäß Punkt 4. der Leistungsbeschreibung erforderliche fachliche Qualifikation und Berufserfahrung für die ausgeübte Tätigkeit verfügt (vgl. Vordruck 1).	
3. Beschreibung der Maßnahmen im Unternehmen zur Qualitätssicherung sowie zu Sicherheits- und Datenschutzmaßnahmen, insbesondere Zertifizierungen o.ä. (vgl. Vordruck 1).	
4. Angabe, welche Teile des Auftrags unter Umständen als Unteraufträge vergeben werden sollen (vgl. Wirt-235).	